

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

18.9.1863 (No. 219)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. September.

N. 219.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Dresden, 16. Sept. (Fr. P.-Ztg.) Der volkswirtschaftl. Kongress hat in seiner heutigen Schlussitzung einen auf Festhalten an dem preussisch-französischen Handelsvertrag und entsprechende Reform des Zollvereins lautenden Antrag genehmigt, dagegen einen auf Verkehrsfreiheit mit Oesterreich gerichteten Antrag Sonnemann's abgelehnt.

Berlin, 16. Sept. (W. T.-Z.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Alle Zollvereins-Mitglieder haben die Theilnahme an der Berliner Konferenz zugesagt. Es scheint, man wolle vorher in München über die Haltung in Berlin sich verständigen; dies könnte auf die Entschliessungen Preußens bezüglich des französischen Handelsvertrags nicht einwirken.“

Wien, 16. Sept. (W. T.-Z.) Die „Generalkorresp.“ widerlegt die Nachricht des „Memorial diplom.“, Reichberg habe in Kopenhagen Konferenzen im Namen Oesterreichs und Preußens vorgeschlagen.

Wien, 17. Sept. Das Abgeordnetenhaus hat heute die sofortige Freilassung des Abgeordneten Rogawski beschlossen. Der Justizminister wird die betreffende Anordnung an das Kemberg Landesgericht auf telegraphischem Wege treffen.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Sept. Der bevollmächtigte Gesandte Dänemarks bei der deutschen Bundesversammlung, Frhr. v. Rinteln-Holmsfeld, wird der „Europ.“ zufolge heute Abend unsere Stadt verlassen, um einen ihm von seiner Regierung bewilligten Urlaub zur Wiederherstellung seiner erschütterten Gesundheit im Schoße seiner Familie zu verbringen. Während der Abwesenheit des Gesandten, die allerdings gerade in eine sehr kritische Zeit fällt, wird ein Geschäftsträger denselben vertreten.

Kassel, 15. Sept. (Fr. Z.) Endlich sind denn die zahlreichen Restripte für die im neuen Budget mit Gehalts-erhöhungen bedachten Beamten ausgesetzt, und heute schon konnte man zahlreiche Wagen sehen, welche die fraglichen Herren zur Dankgangsbühnen nach Wilhelmshöhe führten. Die Minister beschäftigen in einer der nächsten Sitzungen dem Kurfürsten den von ihnen ausgearbeiteten Landtagsschied zu unterbreiten. Welche Aufnahme derselbe bei seiner gegenwärtigen Fassung im Landtag finden wird, ist unsicher vorherzusagen.

Leipzig, 15. Sept. (D. A. Z.) In seiner Sitzung vom 11. September hatte das Komitee zur Vorbereitung der Jubelfeier der Völkerschlacht bei Leipzig das Festprogramm endgültig festgesetzt. Inzwischen hat jedoch diese ganze Angelegenheit eine Wendung erfahren, die auf die Bedeutung und den Umfang der Feier vom größten Einfluß sein wird und muß, indem der Magistrat zu Berlin am 12. September in einer amtlichen Zuschrift an den Rath hiesiger Stadt die Aufforderung gelangen ließ, mit ihm gemeinsam die erforderlichen Schritte einzuleiten, daß die fünfzigjährige Wiederkehr des ruhmvollsten Tages der deutschen Geschichte auf den Schlachtfeldern Leipzigs durch ein allgemeines nationales Fest in einer seiner Bedeutung würdigen Weise gefeiert werde und demgemäß zunächst die deutschen Landes- und Bezirkshauptstädte zur Theilnahme hieran einzuladen.

— Eine verunglückte Entdeckungsreise.

In den letzten Jahren weiteten sich die zwei südlichen Kolonien Australiens und die Ozean, einen Weg aus dem Süden ihres Kontinents nach dem Norden desselben aufzufinden. Süd-Australien beauftragte damit den besonnenen John Mac Donall Stuart, welcher, wie wir bereits früher berichtet haben, nach zwei vergeblichen Versuchen auf seiner dritten Reise am Van-Diemens-Büden den indischen Ozean erreichte und nach vielen Beschwerden glücklich wieder zurückkehrte. Minder glücklich war die Kolonie Victoria, obgleich die Regierung und zahlreiche Privatleute es bei der Vorbereitung des Unternehmens an Opfern nicht fehlen ließen. Zwei der so bewährten amerikanischen Transportwagen wurden mit Vorräthen aller Art auf 18 Maultiere beladen. Dazu kamen 25 Pferde und eben so viele Kameele, welche man nicht drei indischen Wärtern eigens zu diesem Zweck aus dem Orient hatte kommen lassen. Die Führung der Expedition wurde dem vorläufigen Polizeikommissar zu Castlemaine, Frn. Robert O'Hara Burke, übertragen; der zweite im Kommando war G. J. Landells, der dritte war ein Hr. Ferguson. William John Wills schloß sich als Astronom und Geometer, Hermann Becker als Arzt und Botaniker, Dr. Ludwig Becker als Naturforscher und Zeichner an.

Am 20. August 1860 brach die Gesellschaft von Melbourne auf; sie erreichte in keinen Märchen am 6. Sept. Swan-Hill an dem durch Gerhader bekanntem gewordenen Murray-Strom und am 26. Sept. den Darling, einen Nebenfluß desselben, an welchem sie zu Menindee ein Magazin errichteten. Hier verabschiedete Burke, wegen Uneinigkeiten und um leichter fortzukommen, einen Teil der Gesellschaft; vier andere ließ er mit zehn Kameelen und drei Pferden bei den Magazinen zurück. Mit den übrigen sieben Personen trat er am 19. Okt. unter der Leitung eines in der Gegend wohl bewanderten Frn. Wright auf der Weiterreise an. Am 31. Okt. erreichten sie den Bulla-Creek und am 11. Nov. den hier zunächst nach Westen, dann aber in südlicher

Der Rath unserer Stadt trat sofort hierüber in Berathung und erklärte sich unter der Voraussetzung der Zustimmung des hiesigen Festkomitees mit der Aufforderung und der derselben zu Grunde liegenden Idee einverstanden. Nachdem nun auch diese Zustimmung des Komitees erklärt worden, ist eine Einladung zwischen den Magistraten von Berlin und Leipzig vereinbart und an 107 deutsche Landes- und Bezirkshauptstädte abgedruckt worden. (Darunter folgende badische: Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und Mannheim.)

Berlin, 15. Sept. Se. Maj. der König traf gestern Abend 7 Uhr mit den übrigen hohen Herrschaften von Frankfurt a. O. hier wieder ein und begab sich heute Morgen um 8 Uhr in Begleitung des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, sowie der Prinzen Karl und Albrecht, Sr. Maj. Hoheit des Erzherzogs Leopold von Oesterreich und der beiden anderen Bundeskommissare nebst mehreren hiesigen Generalen und fremden Offizieren mittelst Extrazuges zu dem Manöver des 3. Armeekorps nach Lebus. Nach dem Schluß des Manövers findet das von den Ständen des Lebuser Kreises in Gemeinschaft mit einem Frankfurter Komitee veranstaltete Festmahl statt, worauf gegen Abend die Rückfahrt der hohen Herrschaften nach Berlin erfolgt. — Im Lauf dieser und der nächsten Woche kehren die noch abwesenden Chefs der hiesigen Gesandtschaften von ihren Bade- und Erholungsreisen nach Berlin zurück. — Heute ist der im Ministerium des Auswärtigen angestellte Legationsrath v. Schölzer nach Kopenhagen abgereist, um einstweilen den dortigen Gesandten, Geh. Rath v. Balan, zu vertreten.

Durch eine wiederholte Befragung der Hauptverwaltung der Staatsfinanzen ergab an die Besitzer von Kassenscheinungen aus dem Jahr 1835 und von Darlehens-Kassenscheinungen aus dem Jahr 1848 die Aufforderung, solche bereits im Jahr 1855 pränumeriert, aber später zur Einlösung wieder freigegebenen Papiere behufs Empfangnahme der Ersatzeleistung bei den öffentlichen Kassen einzureichen. — Wie vom Ministerialdirektor Delbrück in einer Sektionsitzung des statistischen Kongresses mitgeteilt wurde, hat die preussische Regierung zur gründlichen Erwägung der Frage wegen Einführung gleicher Maße und Gewichtes von den Behörden, den Handelskammern und von wissenschaftlichen Autoritäten Gutachten eingefordert. Diese Gutachten, welche jetzt sämmtlich dem Handelsministerium vorliegen, konstatiren mit seltener Einmüthigkeit das Bedürfnis der Herstellung eines gleichen Maß- und Gewichtesystems. Zugleich sprechen sich dieselben fast ohne Ausnahme für die Annahme des metrischen Systems aus. In demselben Sinne hat auch die betreffende Section des Kongresses einstimmige Anträge gestellt, die bekanntlich behabs einstimmig vom Plenum des Kongresses angenommen worden sind.

Berlin, 15. Sept. Die Regierungsorgane und die feudalen Vereine und Blätter entwickeln bereits eine ungemene lebhaftige Thätigkeit in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen. Wir lassen im Nachstehenden einige bezügliche Aeußerungen aus diesen Kreisen folgen.

Die „Provinzialkorrespondenz“ sucht in einer ihrer jüngsten Nummern nachzuweisen, daß das Ministerium keine Schuld trage, wenn das Staatshaushalts-Gesetz nicht bereits in der abgelassenen Session zu Stande gekommen, und sagt dann weiter:

Es ist ein Beweis von der hohen Gewissenhaftigkeit der Regierung in der Auslegung und Beobachtung der Verfassung, daß sie nicht-besserenwilliger sich für verpflichtet hielt, den Staatshaushalt noch einmal dem Landtag zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegen. Man kann hieraus erkennen, wie unbegründet schon im vorigen Jahre der Vorwurf war, daß es die Regierung mit der Verfassung zu leicht nehme. ... Aber mit dem bisherrigen Abgeordnetenhaus wäre freilich an irgend eine Möglichkeit der Verständigung nicht mehr zu denken. An dem preussischen Volk ist es jetzt, zu zeigen, ob es seinerseits in gleicher Gewissenhaftigkeit und wahrhafter Verfassungstreue der Regierung hülfe will, die Verfassung in ihrem wichtigsten Punkt wieder zur Wahrheit werden zu lassen, oder ob es mit der Mehrheit des bisherrigen Abgeordnetenhauses die Dinge weiter dahin treiben will, daß jede Verständigung und damit alles wirkliche Leben und Gedeihen der Verfassung unmöglich wird. Der König wünscht und ersehnt den Frieden und die Versöhnung; mit der bisherrigen Mehrheit aber ist kein Friede, keine Versöhnung mehr möglich. Möge das Land immerhin Abgeordnete wählen, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes mit Ernst und Nachdruck vertreten, welche seine Wünsche und Hoffnungen mit Freimuth vor den Thron bringen: König Wilhelm will die Rechte des Volkes ebenso wie seine eigenen streng gewahrt wissen, und er verschließt sein Herz nicht den billigen und ausführbaren Wünschen seines Landes, noch auch dem freimüthigen Ausdruck anderer Ueberzeugungen. Dem Trotz demokratischer Uebergriffe aber muß er nach seinem königl. Amt um der Wohlfahrt des Landes selbst willen kräftig wehren. Wer es redlich meint mit dem Vaterlande, gleichviel welche Ansichten er über einzelne Fragen habe, wird jetzt darauf bedacht sein, Männer zu wählen, denen die Wiederherstellung des inneren Friedens vor Allem am Herzen liegt. Dazu mahnt gerade jetzt auch Preußens Stellung und Aufgabe in Deutschland, welche Oesterreich zu schwächen und zu verkleinern unternommen hat. Gott gebe, daß die Einheit zwischen Fürst und Volk, welche Preußen zu Dem gemacht, was es ist, sich auch solchen Versuchen gegenüber wieder glorieus bewähre.

Die „Patriotische Vereinigung“ erläßt einen Wahlausruf, in welchem es heißt:

An erster Stelle dürften die Wähler darauf hinzuweisen und davon zu überzeugen sein, daß es sich in dem gegebenen Falle nicht um einen bloßen Konflikt zwischen Ministerium und Abgeordnetenhauses handelt, um einen Konflikt, der etwa durch eine Aenderung des Ministeriums beseitigt werden könnte, sondern daß hier — wie dies Seine Majestät der König ausdrücklich bezeugt — recht eigentlich die Stellung der Mehrheit des Hauses zu der Krone Preußen und deren Uebergriffe in die verfassungsmäßigen Rechte des Königs in Frage sind. Aus diesem Grunde wird es auch für Alle, welche einen friedlichen Austrag der ohnehin bestehenden Differenzen anstreben, wesentlich darauf ankommen, mit Vorbehalt der definitiven Ausgleichung wenigstens andere Männer in das Abgeordnetenhauses zu wählen. Die trügliche Wiederwahl der jetzigen Vertreter wird die Regierung kaum anders denn als eine definitive Kriegserklärung behandeln können. Die Konsequenzen hieraus ergeben sich von selbst.

Am aber die bis dahin irte geleitete Masse der Bevölkerung einer Wahl anderer Männer geneigt zu machen, wird es zweitens darauf ankommen, den vorliegenden Schritt der Regierung in das rechte Licht zu stellen. Aus hiesiger Quelle können wir hierbei die Thatfache konstatiren, daß die nächste Veranlassung, die Auflösung schon jetzt anzunehmen, in nichts Anderem gesucht werden darf, als in dem unrichtigen Bestreben der Regierung, so viel an ihr liegt, die Bestimmungen der Verfassung gewissenhaft zu erfüllen, und um deswillen insbesondere das Budget so zeitig vorzulegen, daß selbiges — falls das Abgeordnetenhauses sich durch bessere Motive bestimmen läßt — noch

Richtung nach dem Terrans-See strömenden Cooper-Fluß. Vom Bulla-Creek wurde Wright nach Menindee zurückgeschickt, um die dort zurückgelassenen Mitglieder der Gesellschaft nachzuholen. Zu gleicher Zeit wurden von hier aus Versuche gemacht, zwischen dem früher von Stuart und von Gregory verlassenen Richtungen, einen Durchgang nach dem Norden aufzufinden. Namentlich drang Wills 90 englische Meilen weit gegen Norden vor, mußte jedoch wegen völligen Wassermangels wieder zurückkehren. Das Magazin, welches die Gesellschaft unterdessen angelegt hatte, mußte wegen der Anzahl von Nagethieren, wahrscheinlich sog. Springmäulen, welche den Boden völlig unterhöhlten und die Vorräthe angriffen, bald wieder verlassen und mehrere Meilen weiter abwärts in der Nähe des Flusses ein neues angelegt werden. Dasselbe wurde zum Schutze gegen die Eingebornen mit Pallisaden umgeben, und in diesem nach Wills benannten Fort blieb nun wieder ein Teil der Gesellschaft nebst 6 Kameelen und 12 Pferden unter Brahe's Kommando mit der Weisung zurück, drei Monate oder, wenn es die Umstände erlaubten, noch länger hier zu verweilen. Burke selbst setzte am 16. Dez. in Begleitung von Wills, King und Gray mit einem Pferd und sechs Kameelen die Reise in der Richtung des an der Nordküste von Australien gelegenen Carpentaria-Büfens fort.

Die Zurückbleibenden wurden fortwährend durch die hier sehr zahlreichen Eingebornen belästigt und geängstigt und konnten es nicht wagen, das Lager auf längere Zeit zu verlassen. Geschenke und Schreckschüsse waren nur von schnell vorübergehender Wirkung. Ueberdies hatten sie alle Beschwerden eines australischen Sommers zu tragen, und als endlich gegen Ende des Monats März die kühlere Jahreszeit*) und öfterer Regen eintrat, zeigten sich schon die Folgen der langen Entbehnung der frischen Nahrung. Frn. Batten befiel der Scharbot, und bei Brahe und Mac Donough zeigten sich die Vorboten derselben Krank-

heit. Ueberdies reichten die Lebensmittel kaum noch zur Rückreise, und noch immer zeigte sich keine Spur von Burke und seinen Begleitern. Vergeblich warteten sie fünf Wochen über die für alle Fälle festgesetzten drei Monate, gruben dann am 21. April 1861 Wehl, Zucker, Reis und eine Flasche mit Nachrichten über ihr Vorhaben am Fuß eines großen Baumes ein, schnitten in die Rinde desselben das Datum und das Wort „bis“ (grobe) und traten Morgens um 10 Uhr die Rückreise an, auf welcher sie nach mancherlei Beschwerden am 27. April am Bulla-Creek mit dem durch Wright von Menindee abgeholteten Theile der Gesellschaft zusammentrafen. So erschöpft beide Abtheilungen waren, so waren sie sich dennoch einander ein Trost; die Eingebornen standen sogar in Folge dieser Verfürung, die sie wohl für bedeutender hielten, von den Angriffen auf ihr Lager ab. Leider aber waren zwei Mitglieder der Gesellschaft den Mühsalen der Reise bereits erlegen, und am 20. April starb auch noch Dr. Becker. Die übrigen waren krank; die Hälfte der Kameele hatte wunde Füße oder die Mäule, und der Proviant reichte nur noch für wenige Wochen. So wurde am 1. Mai das Lager abgebrochen und an den Lurliatto verlegt. Um jedoch sicher zu sein, daß nicht etwa mittlerweile Burke am Cooper-Creek angelangt sei, ritten Wright und Brahe noch einmal nach Fort Wills zurück. Auf dem Wege trafen sie auf ganze Scharen von wilden Jüngern, sogenannten Dingo's, aber am Creek selbst deutete kein Zeichen darauf hin, daß Burke oder einer seiner Leute dorthin zurückgekehrt sei, und so legte denn die Gesellschaft ihren Rückweg nach dem am Darlingfluß angelegten Magazin fort, welches man jedoch erst am 18. Juni zu erreichen vermochte, nachdem auch noch Patton unterwegs gestorben war. (Fortsetzung folgt.)

— Paul Heys, der für einige Monate in Zurückgezogenheit in Secon unweit des Chimisee's lebt, hat einen Operntext: „Die Rolandsknappen“, geschrieben, der von dem Komponisten H. v. Hornstein in Musik gesetzt wird.

*) Wir brauchen kaum daran zu erinnern, daß die Reisenden sich auf der südlichen Erdhälfte befinden, wo die Jahreszeiten nicht mit den unsrigen zusammenfallen.

im Laufe dieses Jahres erledigt werden kann . . . Wir glauben gerade hierauf einen um so größeren Nachdruck legen zu sollen, als ja recht eigentlich die sogenannte Verkümmernng des Budgetrechts in ihrer speziellen Anwendung auf den Militäretat den Kernpunkt der Streitfrage bildet. Können wir nun auch in letzterer Beziehung weder zu Konzessionen raten noch dergleichen in Aussicht stellen, so wird es doch gewiß nicht ohne Erfolg sein, an das Vertrauen des preussischen Volkes zu seinem Könige zu appelliren, um Allerhöchstdiesem die zweckmäßigste Handhabung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Dauer der gesetzlichen Dienstzeit je nach dem Bedürfnis anheim zu geben.

Einem solchen Vertrauensvotum dürfte man in dem gegenwärtigen Augenblick um so mehr zugeneigt sein, wenn — wie dies augenscheinlich der Fall ist — die thatsächlichen Verhältnisse und die politische Komplikation selbst den Nachweis liefern, daß zur Zeit nur verfochtener Doktrinismus oder böswillige Demagogie einer Schwächung der preussischen Kriegsmacht das Wort zu reden vermögen. Anweisung ist dem Ministerium die Genugthuung zu Theil geworden, seine Politik in der polnischen Frage glänzend gerechtfertigt zu sehen. Dem nicht allein, daß es ihr gelungen ist, den Ausbruch eines Aufstandes in der Provinz Polen durch die energische Handhabung der gewöhnlichen Verwaltungsmaßregeln zu verhindern und so die Rebellen thatsächlich zu lokalisiren; sie hat durch ihre zugleich vorsichtige und energische Haltung auch eine Stellung gewonnen, welche sie qualifiziren dürfte, demnächst als Schlichter und Vermittler aufzutreten. Mit um so größerem Rechte — und hierauf bitten wir ein ganz besonderes Gewicht zu legen — appellirt sie deshalb auch in der deutschen Frage an das Vertrauen und den Patriotismus des preussischen Volkes. Wir haben nie empfohlen, in die Stellung eines unbedingten Gegenseiges gegen Oesterreich einzutreten, oder gar die Forderungen einer verbliebenen Demokratie in Bezug auf die Neugestaltung Deutschlands zu der unsrigen gemacht. Aber gegenüber den bisherigen provozirenden und verletzenden Schritten des österreichischen Cabinets und Angesichts der Bestrebungen, deren unverkennbare Absicht es ist, dem preussischen Staate diejenige Nachstellung in Deutschland und Europa zu verkümmern, welche das wohlverordnete Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unsrer Väter bildet, und welche das preussische Volk sich nicht streitig machen zu lassen jederzeit entschlossen gewesen ist, wird — wie wir mit der Regierung zuversichtlich erwarten — auch die tiefgehebelte politische Meinungsvielfaltigkeit in unserm Lande verstummen und nur ein gleichlautender Ausdruck des preussischen Patriotismus dem Aufruf Sr. Majestät des Königs begegnen.

Ueberhaupt werden wir wohl thun, die Verständigung nach allen Seiten als eine unserer wesentlichsten Aufgaben zu behandeln, und so wie wir auf der einen Seite Alles vermeiden müssen, was dazu beitragen könnte, die konservativen Katholiken in das gegnerische Lager zu treiben, so dürfen wir auf der andern nichts unversucht lassen, um den Bann zu lösen, unter dem eine große Menge Wohlgesinnter, aber Irregelreiter, seufzen. Wir heben dies besonders um dewilligen hervor, um alles schroffe Auftreten in der Form zu vermeiden und zugleich für den Augenblick untergeordnete Parteifragen in den Hintergrund treten zu lassen. Worauf es heute vor Allem ankommt, das ist die Stellung und Geltung des Königthums in Preußen, und in Verbindung damit die Stellung Preußens in Deutschland; und wir werden keine Verbindung zurückweisen dürfen, welche geeignet ist, diese Fragen in unserm Sinne entscheiden zu helfen.

Berlin, 15. Sept. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: In der holländischen Angelegenheit werden heute zwei Nachrichten in Wiener Korrespondenzen verbreitet, welche auf die Tendenz einer österreichischen oder englischen Vermittelung hindeuten. Nach der einen Ansicht wird von Lord Russell ein neuer Vermittelungsantrag vorbereitet, nach der andern hat das Wiener Cabinet den Vorschlag gemacht, daß durch Kommissarien Oesterreichs, Preußens und Dänemarks ein Ausgleichungsprojekt vereinbart werde. Hier ist in unterrichteten Kreisen von diesen Plänen nichts bekannt geworden; sie scheinen daher den Kreis der Wünsche noch nicht überschritten zu haben. Engländer Seite wird bekanntlich Russell fiets der Vorwurf gemacht, er habe sein vom Bundestag acceptirtes Vermittelungsprojekt ohne jede Verständigung mit seinen Kollegen in Vorschlag gebracht; ein neuer Versuch des englischen Ministers in dieser Richtung würde daher mit einem gewissen Argwohn aufgenommen werden und vielleicht keine Zustimmung finden. Uebrigens ist es nicht unwahrscheinlich, daß England und Frankreich Dänemark durch eine ernste Pression zur Rücknahme der Verordnungen vom 30. März d. J. nöthigen werden, sobald sie die Ueberzeugung gewinnen, daß der Bundestag in seinen Entschlüssen fest bleibt.

Heute Vormittag fand wieder ein lang dauernder Minister-rath im auswärtigen Amte statt, und Hr. v. Bismarck soll heute Abend wieder Sr. Majestät Vorträge halten. Man sagt heute, es handle sich um die Wahl en, und zwar um die gegen die Beamten vorzunehmenden Maßregeln, sowie um die ihnen aufzuerlegenden Stellvertretungs-Kosten, und will ferner wissen, daß die Urwahlen am 18. Okt. erfolgen sollen und der Landtag einen Monat später, also am 18. Nov., seinen Anfang nehmen werde. Es liegt allerdings in der Absicht der Regierung, das Budget für 1863 noch im Laufe des Jahres erledigen zu lassen; ob und wie das indessen möglich sein soll, ist schwer zu sagen. Inzwischen wird die Armee-reorganisation in immer weiterm Umfange ausgeführt. Auch die Umbildung der Artillerie ist in vollster Ausführung begriffen. Neuerdings sind nach dem Reorganisationsplane die 12pfündigen Fuß- und 6pfündigen gezogenen Batterien zu 6 Geschützen formirt und somit bei jeder Brigade je eine Batterie von diesem Kaliber neu errichtet worden. Der Friedensstand der gesammten Artillerie erhöht sich dadurch um 72 Geschütze. Dagegen bleiben die Haubitzenbatterien bis zur endgiltigen Entscheidung über die Einführung eines zweiten gezogenen Kalibers in ihrer bisherigen Formation, so daß die Armee jetzt Batterien zu 4, 6 und 8 Geschützen besitzt, und auf dem Friedensfuße sämtliche Batterien zu 4 Geschützen formirt bleiben. Jede erste Fußabtheilung besteht nunmehr aus zwei kurzen 12pfündigen Batterien, einer gezogenen und einer Haubitzenbatterie (im Felde 26 Geschütze); jede zweite Fußabtheilung aus einer kurzen 12pfündigen, zwei gezogenen und einer Haubitzenbatterie (im Felde 26 Geschütze); jede dritte Fußabtheilung aus einer kurzen 12pfündigen, einer gezogenen und

einer Haubitzenbatterie (im Felde 20 Geschütze). Eine Brigade zählt mithin jetzt im Felde an Fußartillerie 72 Geschütze.

Berlin, 15. Sept. Aus der Provinz Preußen wird das erste Beispiel von Unterdrückung einer Zeitung in Folge der Verordnung vom 1. Juni gemeldet. Wie der „Danz. Ztg.“ aus Marienwerder mitgetheilt wird, hat die dortige k. Regierung in ihrer Sitzung vom 10. d. die Unterdrückung des in Kulm erscheinenden „Radwielanin“ beschlossen. Derselbe hatte vier Verwarungen erhalten. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Lehwald. — Die „Berl. B. Ztg.“ will wissen, daß die Berliner Zollkonferenz bis Mitte Oktober vertagt ist. Das Zusammen-treten der Münchener Konferenz zur Vereinbarung eines in Berlin aufzustellenden Gegentarifs wird, wie man uns aus München schreibt, Ende September erfolgen. (Die Nachricht von der Verschiebung wird auch der „N. Z.“ aus Wien gemeldet.) — Der k. Botschafter am Londoner Hofe, Graf v. Bernstorff, ist nebst Gemahlin aus Karlsbad hier eingetroffen und hatte heute eine Unterredung mit dem Minister-präsidenten v. Bismarck. Wie wir hören, wird Graf Bernstorff nur zwei Tage hier verweilen.

In der Sitzung der hiesigen juristischen Gesellschaft am 12. d. machte der Vorsitzende, Stadtgerichtsrath Graf v. Wartensleben, die Mittheilung, daß das Statut der Savigny-Stiftung, deren Vermögen gegenwärtig 20,812 Thlr. erreicht habe, mittelst Kabinettsordre vom 20. Juli d. J. bestätigt worden sei. Ferner kam nachfolgendes Handschreiben des Kronprinzen zur Mittheilung:

Ich habe von den mir überreichten Gutachten und Protokollen über die Verhandlungen des vierten deutschen Juristenkongresses mit Interesse Kenntnis genommen. Indem ich dem wissenschaftlichen Ernste, von welchem sowohl die Gutachten, wie die Verhandlungen Zeugnis ablegen, gern meine Anerkennung zu Theil werden lasse, wünsche ich dem großen vaterländischen Verein auch ferner das beste Gedeihen. Berlin, 8. Sept. 1863. Friedrich Wilhelm. An den k. Stadtgerichtsrath. Herrn Grafen v. Wartensleben.

† **Wien, 15. Sept.** Was gestern noch richtig war, ist es heute nicht mehr. Gestern Morgen stand nicht bloß der Entschluß fest, das Abgeordnetenhaus in seiner heutigen Sitzung zu einer Manifestation zu veranlassen, welche der Haltung der Regierung in der deutschen Reformfrage eine größere Kraft und Festigkeit zu geben vermöchte, sondern es waren auch die Rollen an die Parteien und Personen bereits verteilt. Gestern Abend aber, nachdem man unter der Hand die Gewißheit erlangt hatte, daß eine Mehrheit für die zu beantragende Zustimmung des Hauses mindestens sehr zweifelhaft sei, und daß es selbst im günstigsten Fall zu Debatten kommen werde, welche leicht das gerade Gegenheil der gehofften Wirkung zur Folge haben würden, fand noch eine letzte Vorversammlung statt, und diese beschloß, wesentlich auf Betreiben der ministeriellen Partei selbst, die einen reformfeindlichen Eklat um jeden Preis vermeiden zu sehen wünschen muß, die ganze beabsichtigte Manifestation einstweilen fallen zu lassen und von der Zusammenkunft in Frankfurt, über welche obnehin keinerlei offizielle Mittheilung gemacht worden, zunächst abzusehen.

Die russische Antwortsdepeche, die gestern dem Grafen Reichberg überreicht wurde, lehnt dem Vernehmen nach kurz und in nichts weniger als verbindlichen Worten ab. Ihr sei liegt aber eine umfangreiche Denkschrift zur Begründung der Haltung Rußlands.

* **Wien, 15. Sept.** Der gestern im telegraphischen Auszug mitgetheilte Artikel der „Generalkorresp.“, die russischen Antworten betrefend, lautet vollständig:

Ueber den Inhalt der russischen Antworten konnte unser Berichterstatter in St. Petersburg, wie er selbst uns bekannt, nichts ganz Sicheres und Zusammenhängendes in Erfahrung bringen, da dieser Gegenstand dort unter die Siegel des diplomatischen Geheimnisses gelegt wurde. Nach dem, was sich ungefähr aus seinen von ihm nicht durchgehends verbürgten Mittheilungen entnehmen läßt, würde die Angabe der „Independ. belge“, als ob die Noten auf die von der russischen Regierung projektirten und auch Polen zugute kommenden Reformen hinwiesen, eine irrige sein, indem die russische Antwort nichts Dergleichen zu enthalten scheint. Ohne die sechs Punkte ausdrücklich zu erwähnen, scheint die Antwort von der Voraussetzung auszugehen, daß die im Wesentlichen zustimmenden früheren Erklärungen Rußlands über diese Punkte als eine abgemachte Sache zu betrachten seien; die seitdem benen Bestimmungen Oesterreichs werden dankbar gewürdigt, die Wünsche für das Wohl Polens getheilt. Im Uebrigen aber soll mit Bedauern ausgesprochen werden, daß, nachdem die Hoffnungen, welche man von russischer Seite Anfangs auf die Diskussionen und deren Resultate gesetzt, sich nicht erfüllt, und die zwischen den Mächten und Rußland in Bezug auf die polnische Angelegenheit bestehende Divergenz der Ansichten sich im Wege dieser Diskussionen nicht beheben habe, eine weitere Fortsetzung der letzteren überflüssig erscheine. Was ferner schon vor einigen Tagen in den Zeitungen gemeldet wurde, daß nämlich Rußland die Verantwortlichkeit für seine Haltung in dieser Angelegenheit übernehme, würde nach den Angaben unseres Berichterstatters sich bestätigen. Noch will derselbe bemerken haben, daß der Inhalt der an Oesterreich und an England gerichteten Antwortnoten ziemlich übereinstimmend sei. Ferner deutet unser Gewährsmann auf bevorstehende wichtige Veränderungen in der Vertretung Rußlands an den auswärtigen Höfen hin.

Eine Zuschrift, die demselben Organ heute direkt aus Warschau zugeht, bestätigt die bereits angeführte Thatsache, daß diese Stadt keineswegs abgesperrt, der Verkehr vielmehr nach allen Seiten frei und ungehindert ist.

* **Wien, 15. Sept.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlas der Präsident zunächst eine Zuschrift des Abgeordneten Graf Dzieduszycki aus Lemberg, in welcher derselbe mittheilt, daß er in Lemberg, während er über den Ferdinandensplatz fuhr, angehalten, verhaftet und auf die Polizeidirektion gebracht wurde. Trotz Vorweisung seiner Legitimationskarte als Reichsraths-Abgeordneter sei er in seinem Wagen durchsucht und, da nichts Verdächtigendes vorgefunden wurde, entlassen worden. Er bitte, das hohe Ministerium von diesem Vorgang mit der Bitte in Kenntnis zu setzen, eine strenge Untersuchung gegen diesen

gesetz- und konstitutionswidrigen Vorgang einzuleiten. Der Präsident theilt mit, daß er diese Zuschrift dem Polizeiminister mitgetheilt und dieser ihm eine schriftliche Erledigung zugesagt habe.

Nachdem Staatsminister v. Schmerling in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zwei, Gegenstände der innern Verwaltung betreffende Interpellationen beantwortet hatte, wird zur Tagesordnung: Verhandlung in Beziehung auf die erfolgte Verhaftung des Reichsraths-Abgeordneten Karl Ritter v. Rogawski geschritten.

Der Präsident verliest eine Zuschrift des Lemberger Landesgerichts in Straßsachen an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, in welcher dasselbe mittheilt, daß es in Folge eines Beschlusses dieses Gerichts dem Abg. Rogawski, welcher des Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 66 bezichtigt erscheint, nach §. 51 lit. a. und c. Str.-P.-D. und §. 2 des Immunitätsgesetzes in vorläufige Verwahrung genommen, weil derselbe als Mitglied eines in Galizien bestehenden Revolutionärkomitees in trügerischer That betreten wurde. Das Lemberger Landesgericht theilt ferner mit, daß es die näheren Details dem Hrn. Justizminister übersandt habe. Der Präsident erklärt, er habe an den Hrn. Justizminister das Ansuchen um Mittheilung dieser Details gestellt; derselbe habe sich auch bereit erklärt, die dem hohen Hause vorzulegen, jedoch die Bedingung der Geheimhaltung derselben als Bedingung für die Sicherheit des Staats daran geknüpft.

Minister Hein theilt mit, er habe gestern eine Zuschrift des Lemberger Landesgerichts erhalten, in welcher dasselbe mittheilt, daß in Folge eines Beschlusses vom 11. d. M. die strafgerichtliche Untersuchung gegen K. von Rogawski auf das Verbrechen des Hochverrats nach §. 58 lit. c. ausgedehnt worden sei.

Es gelangt ein Schreiben des Abg. Rogawski in polnischer Sprache und deutscher Uebersetzung zur Verlesung. In diesem Schreiben beschwert sich derselbe über seine Verhaftung und Abführung in das Straßhaus zu Krakau, und gibt vor, daß er auf feierlicher That irgend eines Verbrechen nicht betreten worden sei, auch nicht betreten werden konnte, da er in den letzten drei Wochen sein Haus nicht verlassen habe. Er übergibt seine Angelegenheit dem Schutze des Hauses und bittet um gerechte Würdigung ohne Rücksicht auf seine Person, aber mit Rücksicht auf die Würde der Seele.

Der Präsident beantragt die Wahl eines Ausschusses von neun Mitgliedern aus dem ganzen Hause und wegen Geheimhaltung des Gegenstandes Umgangnahme von der Drucklegung des von dem Ausschusse zu erstattenden Berichtes. Der Antrag wird angenommen und auf Antrag des Grafen Potocki beschloffen, die Angelegenheit der polizeilichen Anhaltung des Grafen Dzieduszycki dem nämlichen Ausschusse zur Prüfung und Berichterstattung zuweisen.

Der Polizeiminister McCséry erklärt, er sei bereits in der Lage, dem zu wählenden Ausschusse die nöthigen Aufklärungen zu geben. Die Wahl des Ausschusses wird hierauf mit Namensanruf vorgenommen. Gewählt wurden von 137 Stimmen: Percht mit 131, Wählfeld mit 128, Wende und van der Straß mit je 101, Walter 96, Grocholosi 85, Pragaz 83, Berger 79, Rechbauer 73 Stimmen.

Frankreich.

* **Paris, 16. Sept.** Der Telegraph hat Sie jedenfalls bereits in Kenntnis gesetzt, daß der „Moniteur“ heute bemerkt, daß das zu Brast in Ausbesserung befindliche Fahrzeug „Lorid a“ kein Korсар sei, sondern ein Kriegsfahrzeug der südafrikanischen Flotte, dessen Offiziere mit regelmäßigen Patenten versehen seien. Jedermann erblickt in dieser Note eine indirekte Anerkennung der Regierung von Richmond — ein Schritt, dessen Tragweite Angesichts der Stellung Frankreichs zu Mexiko nicht unterschätzt werden darf. — Die offiziellen Blätter melden, daß der Herzog von Montebello seinen Urlaub nicht sofort antreten werde. Der Herzog wurde in der That gestern durch Hr. Drouyn de Lhuys telegraphisch angewiesen, seine Abreise von St. Petersburg noch etwas zu verzögern.

Ungeachtet der verschiedenen Schritte, welche die Turiner Regierung bei dem Baron Adolph v. Rothschild that, um ihn zu bewegen, das neapolitanische Haus in Neapel selbst, in Genua oder Turin wieder zu eröffnen, bestand derselbe auf dessen Liquidation. Die in Paris anwesenden Chefs des Weltmarktes haben diese Operation vollendet und die Zahl der Häuser von 5 auf 4 reduziert. Baron Adolph zieht sich als Privatmann mit einem Vermögen, welches man auf 150 Millionen anschlägt, auf seine Besitzung am Genfer See zurück. — Prinz Napoleon hat seine Reise nach Portugal aufgegeben. — König Ferdinand von Portugal wird sich Morgen in Marseille nach Lissabon einschiffen. — Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht, daß der spanische Gesandte, Hr. v. Jsturiz, Paris in Urlaub verlassen werde. — Die Korrespondenzen aus Madrid treffen seit 3 Tagen verspätet ein, wie man sagt in Folge eines schweren Unfalls auf der Nordbahn, bei Uebergang des Guadamarra. — Die anamitischen Gesandten werden morgen einer Vorstellung der „Einnahme von Puebla“ im Hippodrom anwohnen.

Die Börse war heute nicht in guter Laune. Die montenepische Angelegenheit, und finanzielle Beschwerden obendrein, drückten auf den Markt. Rente fiel um 25 C. auf 68.15 (ex Coup. von 75 C.). Cred. Mob. von 1210 auf 1185. Die Bank von Frankreich hat mittelst Zirkular die Hauptdepositäre von Titeln in Kenntnis gesetzt, daß sie sich bereit zu halten hätten, ihre Depots einzulösen, da auf eine Verlängerung der Vorstöße auf diese Titel nicht gezählt werden könne.

Rußland und Polen.

Wie der „Nord“ aus Petersburg erfährt, ist die Gortschakow'sche Depeche an Frankreich sehr kurz; die Denkschrift dagegen sehr lang; letztere bildet jedoch keine Vorlage zu der Note, sondern wurde getrennt abgeschickt. Die Denkschrift behandelt die Frage ausschließlich vom internationalen Standpunkte aus, und geht dazu die Geschichte seit dem Wiener Kongresse durch, um zu zeigen, bis wie weit Rußland durch die Wiener Verträge gebunden ist. Die Denkschrift sucht den Beweis zu liefern, daß die bereits versichene Autonomie für Polen, deren Ausführung nicht suspendirt, sondern bloß durch den Aufstand gehemmt sei, den Zusagen vollkommen gerecht würde, die Rußland Europa gegenüber eingegan-

gen sei. Uebrigens sei die aus Wahlen hervorgegangene Provinzialvertretung keineswegs das letzte Wort des russischen Programms. Die Despesche betont die Nothwendigkeit einer dauernden Pazifizierung Polens als Vorbedingung für umfassende Reformen. Die russische Regierung wolle sich kurz fassen, um die Debatte nicht zu vergiften. Was die 6 Punkte betreffe, so sei man darüber ja einverstanden, und werde Mühe aufwand, was von ihm abhängt, anbieten, damit diese Frage gelöst werde, die zu einer Quelle von Zerwürfnissen zwischen den europäischen Kabinetten geworden sei.

St. Petersburg, 13. Sept. (N. Z.) Der Kaiser hat sich gestern Abend nach Helsingfors eingeschifft, wo übermorgen die Eröffnung des finnischen Landtages stattfindet.

Aus Wilna, 9. Sept. wird der „Dsb. 3.“ berichtet: Die Dpfer, welche das Atentat auf Domestto hervorgerufen, haben höchst wahrscheinlich nun ihr Ende erreicht. Auf einem Wagen wurden heute Bienkowski und zwei seiner Genossen, Johann Marzewski und Edward Gajlinski, durch alle Straßen nach dem hiesigen Marktplatz gebracht und dort um 11 Uhr gehängt. Bienkowski ist nach amtlicher Anzeige der eigentliche Täter; die beiden andern Hingerichteten sollen Bienkowski dadurch bei Begehung des Verbrechens Hilfe geleistet haben, daß sie ihm die Wohnung Domestto's gezeigt und ihm die Mittel und Wege angegeben haben, um sein Vorhaben auszuführen; Gajlinski soll ihn außerdem vor den Verfolgungen der Polizei versteckt und versucht haben, ihn auf Grund eines falschen Passes nach Warschau zu befördern. Acht Hinrichtungen waren also die Folge des einen Atentats.

Warschau, 13. Sept. Die Nationalregierung schärft das Steuerverbot nochmals ein und gibt vier Strafgrade für Diebstahl an, welche ohne militärische Exekution zahlen werden, nämlich: 1) die Zahlung des Doppelten des Steuerbetrags; 2) diese Strafe im Verband mit Infamie; 3) diese Strafen im Verband mit Verlust der politischen Rechte; 4) diese Strafen im Verband mit Verlust der bürgerlichen und Zivildrechte und die Verbannung aus dem Lande. Das Steuerverbot wird erklärtermaßen hinzugefügt, erstreckt sich nicht auf Kommunalabgaben, auf Schulgelder, auf Zahlungen an Institute u. s. w.

Sosnowice, 11. Sept. (Schles. Ztg.) Auch im Königreich Polen werden jetzt, wie in Litauen, von russischer Seite die der Bahnlinie zunächst liegenden Wälder entholzt und die Anpflanzungen niedergebrannt. So sind hier bei uns die in der Nähe der gräflich Mysielski'schen Hüten angepflanzten 10- bis 12jährigen Schonungen und die dichten Waldanlagen bei der hiesigen Eisenbahnbrücke größtentheils schon niedergebrannt worden. Man beabsichtigt dadurch den Injuranten die Möglichkeit von Angriffen auf die Bahnjüge zu benehmen und die Bahnstrecke vor fernern Betriebsstörungen zu schützen.

Von der polnischen Grenze, 15. Sept. (W. Z. M.) Die russische Regierung in Warschau hat gestern mit den Zwangsmaßnahmen gegen nicht feuerzehrende Klauseute durch Geschäftsschließung begonnen. Darauf wurden die betreffenden Steuern eingezahlt.

Krakau, 15. Sept. Der „Gaz.“ enthält Nachrichten von neuen Gesetzen neuerformirter Abtheilungen: am 3. bei Zambrow im Augustowskischen, am 8. bei Guminow im Ploch'schen, am 4. bei Zaleschow im Poblaskischen. Bei Zaleschow erlitten die Polen einen Verlust von 30 Reitern, die Russen hatten 80 Tode. Ueber die Gefechte bei Zambrow und Guminow fehlen noch die Detailberichte.

Amerika.

*** London, 15. Sept.** Der fanatische Dampfer „North American“ ist aus Quebec eingetroffen und bringt Neu-Yorker Berichte, die bis zum 5. d. reichen. Die letzten Nachrichten aus Charleston waren vom 31. v. M. Bis dorthin hatten die Belagerer keine weiteren Fortschritte gemacht. Fort Sumter zeigte noch immer die südstaatliche Flagge, und war sogar neuerdings mit 4 Geschützen armirt worden. Gegen die Forts Moultrie und Wagner hatte eine Beschießung am 31. begonnen; nach den Eimen ohne sichtbares Resultat, während anderen Angaben zufolge die Panzergeschiffe an den beiden genannten Forts unbelästigt vorbeigefahren waren und sich der Stadt genähert hatten. Im Hafen sollen sie weiter auf kein mechanisches Hinderniß gestoßen sein. General Sherman hatte den Feind auf der linken Flanke seiner vorgeschobenen Flanke aus seinen Schützengruben getrieben und bei dieser Gelegenheit 70 Gefangene gemacht. Die Beschießung der Stadt hatte er ausgesetzt. — Briefe aus New Orleans wiederholen, daß sich von daselbst ein starkes Armeekorps unter General Grant gegen Mobile in Bewegung setze, und daß Admiral Farragut mit einem starken Geschwader sich bei dessen Operationen betheiligen werde. Einer andern, minder wahrscheinlichen Lesart zufolge ist diese Expedition gegen Mexiko, bezw. gegen Frankreich bestimmt. Ein 500 Mann starkes Korps der Südstaatlichen soll am 1. d. von Port Royal (Virginia) abgezogen sein, um unionistische Schiffe auf dem Potomac abzufangen. Abtheilungen südlicher Kavallerie stehen sich bei Mitthias und an andern am Potomac gelegenen Punkten erblicken. — Die Frage über die Verfassungsmaßigkeit der Loosaushebung wird demnächst praktisch von den Gerichtshöfen entschieden werden müssen, da ein durchs Loos Ausgehobener sich an diese um Enthebung gewendet hat.

Neu-Yorker Privatbriefen zufolge, die an Londoner Kaufleute gerichtet waren, hatte sich die Regierung in Washington veranlaßt gefunden, die Loosaushebung nicht nur in Ohio, sondern auch in Illinois einzustellen. Ein Gleiches werde vielleicht Betreffs Indiana's geschehen müssen, da der Widerstand der westlichen Staaten gar zu mächtig sei, und der Regierung nicht allenthalben so viel Truppen wie in Neu-York zu Gebote stehen, um die Konstriktion mit Gewalt durchzuführen.

Baden.

**** Aus dem Mittelrheinkreis, 16. Sept.** In Ausführung eines von der „Durlacher Konferenz“ in ihrer Versammlung am 3. Aug. l. J. einstimmig gefassten Beschlusses hat deren engerer Aus-

schuß dieser Tage eine Einladung an alle protestantischen Gesinnungsgenossen erlassen, sich am Mittwoch den 7. l. M. in Frankfurt a. M. zu einer Vorberathung für den baldhinstigsten Zusammentritt eines deutschen Protestantentags zu versammeln. Anmeldungen zur Vorberathung werden am 6. l. M. Abends, von 6 bis 8 Uhr, und am 7. l. M., Morgens von 8 bis 9 Uhr, auf dem Bureau im neuen Saalbau angenommen. Als Gegenstände der Berathung sind einstweilen bezeichnet: Zweck und Einrichtung des Protestantentags; Zeit und Ort seiner nächsten Einberufung; Vorlage der Verhandlungsgegenstände; Aufstellung von Berichterstattern; Bestellung eines ständigen Ausschusses und dessen Wirksamkeit.

S. Pforzheim, 17. Sept. Gestern fand in hiesiger Schlosskirche die Diözesanversammlung des Bezirks Pforzheim statt. Hauptgegenstand der gepflogenen Verhandlungen war die jüngst vom groß. ev. Oberkirchenrath erlassene Verordnung, den religiösen Reformirten in den Schulen beiz. Pfarren Specht von Springen stellte den Antrag, an groß. Oberkirchenbehörde die Bitte zu richten, daß sie fragliche Verordnung wieder zurücknehme. Trotz der von anderer Seite geltend gemachten Gründe für die Zweckmäßigkeit der betreffenden Anordnung gelang es der vorherrschend richtigen, mit 26 gegen 17 Stimmen die Annahme des Antrags durchzusetzen. Ebenso ging es bei anderen Fragen, so namentlich bei den Wahlen für den Diözesanaustrich. Auch hier bewies die gleiche Partei ihre ausschließliche Gesinnung, indem für zwei durch das Loos ausgeschiedene Mitglieder zwei andere von ihrer spezifischen Richtung gewählt wurden.

S. Pforzheim, 17. Sept. Gestatten Sie, daß ich bezüglich unseres nun vorübergehenden Turnfests noch einige Nachlese halte. Außer Hrn. Prof. G. Erdt von Karlsruhe, der in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede beim Banket des ersten Festabends verschiedene Bilder aus dem Befreiungskriege, so namentlich das Turnwaters Jah'n, Th. Körners, vorführte und mit Worten des Gedächtnisses an die Todten von Leipzig schloß, hatten sich auch noch verschiedene andere, für Förderung des Turnwesens rühmlich thätige Persönlichkeit bei den hiesigen Festlichkeiten betheiligt, so Hr. Rechtskonsulent Georgii von Eplingen und Hr. Prof. Jäger von Stuttgart, ferner Hr. Advokat Levinger von Karlsruhe u. a. welche auch bei den verschiedenen Banketten durch ausgebrachte Toaste der höchsten Freiz gedachten. Ein großer Theil der auswärtigen Turner war auch während des dritten Tages, Dienstags, noch hier, und fand am Abend dieses Tages die Ausführung des Festspiels noch einmal. Nach vielfachen Aeußerungen und den in den hiesigen Lokalblättern veröffentlichten Abschiedsgrüßen zu schließen, kehren die Turngäste sehr bedrückt aus unserer Stadt nach Hause zurück.

Bezüglich der Verhandlungen der Vorstände der zum oberrheinischen Turnerbunde gehörigen Gemeinden ist zu bemerken, daß dieselben einige Zulätze zu den Vereinsabgaben, sowie insbesondere auch eine Eingabe an groß. Staatsregierung bezüglich der Einführung des Turnens als verbindlichen Unterrichtsgegenstand in den Volksschulen betrafen.

*** Pforzheim, 17. Sept.** Seit dem 15. l. M. sind die Weinberge geschlossen und die Weinlese wird wahrscheinlich im ersten Drittel des künftigen Monats stattfinden, von welcher man ein reiches und gutes Ergebnis erwartet, was um so mehr erwünscht ist, als der vorjährige Wein hiesigen Gewächses sich als nicht haltbar erweist, indem er in manchen Kellern „weich“ geworden ist.

Die fast seit einem Jahrhundert unter der nämlichen Firma dahier ohne Konkurrenz bestehende Buchdruckerei wird in Kürze einen Mitbewerber erhalten, da eine in der Nachbarschaft bestehende Buchdruckerei hieher verlegt werden wird. Auch haben wir dahier seit einiger Zeit eine wirkliche konfessionelle Buchhandlung, und man spricht auch von einem neuen Lokalblatte, was Alles gute Zeichen für eine Zunahme der geistigen Regsamkeit in unserer Stadt sind.

Freiburg, 16. Sept. Der „Freisgau.“ zufolge ist in der gestrigen außerordentlichen Sitzung des Gemeinderaths und kleinen Bürgerversammlung mit Stimmeneinstimmigkeit und unter dankbarer Anerkennung der von unserm Landesrathen auf dem Frankfurter Fürstentage beobachteten Haltung die Beistimmung an der an Se. Königl. Hoheit den Großherzog zu richtenden Zustimmungsumgeadresse beschlossen worden.

Vermischte Nachrichten.

— Die die „Freie. Ztg.“ fñrt, ist die bei Geiger in Lauch erscheinende illustrierte Fortsetzung des Laucher hinkenden Wotens“ in Preußen verboten worden.

— Köln, 15. Sept. Die Beschlagnahme der vorgestern ausgegebenen Nummer der „Köln. Ztg.“ ist gestern wieder aufgehoben worden.

— Dem Verleger des „Kladderadatsch“, Hrn. Buchhändler Hofmann, ist gestern eine (die erste) Verwarnung zugegangen.

— Weimar, 15. Sept. (M. Z.) Die Zeitung der „Weimarer Zeitung“, welche Professor Biedermann gestern niedergelegt hat, um in die Redaktion der „Deutsch. Allgem. Ztg.“ einzutreten, wird in der ersten Hälfte des Oktobers in die Hände des Hrn. Paul v. Kojanowski, zur Zeit in Paris, übergehen. — Die Versammlung von Nationalvereinsmitgliedern in Söternheim nahm die am 6. d. M. von der Eisenacher Versammlung in der deutschen Frage gefasste Resolution und folgende an: „Die Erfolgslosigkeit der Verhandlungen des Fürstentags hat einen neuen Beweis dafür geliefert, daß ohne kräftige Mitwirkung Preußens eine Reform der deutschen Verfassung unmöglich ist. Eben so unzweifelhaft steht fest, daß nur ein freithätig erhartetes Preußen dieser Aufgabe entsprechen kann; deshalb hat die nationale Partei ihre ganze Kraft auf den Sieg des liberalen Prinzips in Preußen zu richten.“

— Dresden, 15. Sept. (Fr. Z.) Es liegen dem Kongreß deutscher Volkswirthe für die heutigen und morgigen Verhandlungen noch folgende Anträge vor. Max Wirth wünscht eine Resolution des Inhalts, daß die Entschädigung der ohne eigene Schuld auf den Eisenbahnen Verunglückten oder ihrer Hinterbliebenen von Seiten der Eisenbahn-Gesellschaften als gesetzliche Pflicht festgesetzt werde.“ N. D. Wichmann aus Hamburg will vom Kongreße „Mittel und Wege“ angegeben, „durch welche von Seiten des volkwirtschaftl. Kongresses dem Spiel entgegengetreten und sowohl auf Schließung der öffentlichen Spielbanken, als namentlich auch auf Beseitigung der Lotterien gewirkt werden könnte.“ Advokat Bernhard Miller aus Dresden wünscht eine Aeußerung des Kongresses darüber: „ob und in wie weit die Errichtung oder Beibehaltung von Versicherungskassen durch den Staat, ständliche Institute oder Kommunen, sowie die Aufrechterhaltung des Prinzips der Zwangsversicherung gegen Feuer-

schäden zweckmäßig sei und sich volkwirtschaftlich rechtfertigen lasse.“ Derselbe beantragt eine Resolution folgenden Inhalts: „Es ist dringend wünschenswert, daß zur Vervollständigung des deutschen Handelsgesetzbuches baldigst auch ein das gesamte Versicherungswesen umfassendes Gesetz zu Stande kommt.“ Die Präsenzliste weist heute gegen 140 Mitglieder auf, etwa zehn mehr, als gestern.

Die heutige Berathung eröffnete mit einem Referate Dr. Viktor Böhmerts, Syndikus der Freien Stadt Bremen, über den Stand der deutschen Gewerbefreiheits- und Freizügigkeitsfrage im September 1863. Der endliche Sieg der Gewerbefreiheit steht fest, da seit Mai 1860 bereits 14 von den deutschen Staaten sich allmählig zu dem aufgklärteren Grundsatze bekannt haben. Hamburg, Frankfurt a. M., Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Braunschweig und Ludolfsbad stehen auf dem Punkte, die Gewerbefreiheit einzuführen. Nur Preußen, Bayern, Hannover, sowie Mecklenburg, Lübeck, die beiden Anhalt und Lippe, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau u. s. w. verschließen sich dem befreienden Gedanken noch immer. Dr. Böhmert erwähnt den von Faucher und Genossen am 30. Apr. d. J. eingebrachten „Entwurf eines Gewerbegesetzes für Preußen“, der leider nicht zur Berathung gekommen ist. Die preussische Regierung war nach ihren Erklärungen noch nicht einmal in den Stand gekommen, sich über die Richtung zu entscheiden, welcher sie bezüglich der Aenderung der Gewerbeetze folgen solle und könne; sie erkannte nur ihre Verpflichtung an, sich ferner mit der Gewerbefrage zu beschäftigen. Dr. Böhmert gibt nicht im mindesten die Hoffnung auf die baldige Erroberung eines allgemeinen deutschen freien Arbeitsfeldes auf, und ist der Meinung, daß, haben wir nur erst die materielle Freiheit, dann auch die politische nimmer ausbleiben werde.

Nach Dr. Böhmert erhielt Hr. Sonnemann aus Frankfurt a. M. das Wort als Berichterstatter über die Bankfrage. Die vier von der Kommission aufgestellten Anträge lauten wie folgt: 1) Zur Förderung der materiellen Wohlfahrt eines Kulturvolks ist ein ausgedehntes und regelmäßig wirkendes Bankwesen unerlässlich. 2) Momente und Konzeptionen, welche an Staatsinstitute oder an Privatgesellschaften zur Ausgabe von Banknoten ertheilt werden, verringern, wie erfahrungsmäßig feststeht, die Sicherheit des Geldumlaufs, verflümmern die Entwicklung des Bankwesens, und tragen zur Ausbeutung des ganzen Volkes durch Einzelne bei. 3) Die Bankthätigkeit mit oder ohne Notenemission ist, falls die Haftbarkeit der Theilhaber eine unbeschränkte ist, wie jedes andere Gewerbe, der freien Konkurrenz zu überlassen. 4) Wenn die Theilhaber einer Noten emittirenden Bank Anspruch auf das Vortrecht der beschränkten Haftbarkeit machen wollen, so haben sie bestimmte, gesetzlich festgestellte Bedingungen zu erfüllen. Es fragt sich dabei: 1) Soll die Notenemission strikt werden? 2) Soll ein Minimalbetrag für die Größe der Notenabschnitte erforderlich sein? 3) Soll eine periodische Veröffentlichung des Status stattfinden? 4) Soll die Bank bei Strafe des Konkurses verpflichtet sein, die täglich präsentirten Noten sofort gegen Baargeld einzulösen? 5) Soll Deckung des Betrags der umlaufenden Noten durch Baarbestände verlangt werden, und in welchem Verhältnisse? 6) Soll der Gesammbetrag der Emission durch Metall und bankmäßige Wechsel gedeckt werden? 7) Sind zwei oder mehr Unterschriften für bankmäßige Wechsel notwendig? 8) Sind Lombardforderungen als Notendeckung zulässig? 9) Sind Staats- und andere Wertpapiere zu gestatten? 10) Sollen die Notenbesitzer bei der Liquidation einer Bank mit einem besondern Vorzugrechte ausgestattet werden? 11) Ist abgesehen vom Notenumlauf die Geschäftsbefugnis der Zettelbank zu beschränken und in welcher Weise? 12) Ist der Ankauf von Staatspapieren und Waaren zum Zweck der Spekulation ausgeschlossen? 13) Ist der Ankauf oder Beleihung von Bankaktien ausgeschlossen? 14) Ist die gesetzliche Vorfrist besonderer Deckungsmittel für die Depositionen wünschenswert? 15) Soll die Annahme von Depositen auf eine bestimmte Summe beschränkt sein? 16) Sollen für die Depositen bestimmte Kündigungsfristen festgelegt werden?

— Stade, 13. Sept. (Z. f. M.) In einer Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins aus Stade und nächster Umgegend, die gestern Abend unter Vorsitz des Dr. Freudentheil I. stattfand, wurde nach einer längern Debatte, woran besonders der zur Zeit hier anwesende Dr. Miquel aus Göttingen, Dr. Freudentheil I. und Obergerichtsanwalt Weber von hier sich betheiligten, nachfolgender, vom letztgenannten Herrn entworfen und begründeter Beschlus einstimmig angenommen: Die Reformakte des Deutschen Bundes, wie sie auf Grund des von Oesterreich vorgelegten Entwurfs aus den Berathungen der in Frankfurt a. M. versammelten Fürsten hervorgegangen ist, ist nicht geeignet, die berechtigten und allerorts anerkannten Ansprüche auf Bundesreform zu befriedigen. Sie löst nicht die nothwendigen und wesentlichen Aufgaben jeder Bundesreform, die auf die Zustimmung des deutschen Volkes rechnen kann: Freiheit im Innern und Freiheit nach außen. Sie gefährdet vielmehr beide durch ihre Bestimmungen über das Abgeordnetenhans und das Bundesdirektorium. Der Nationalverein hat dieser Reformakte gegenüber keine Beranlassung, von der Befolgung seiner Ziele einer einseitigen Exekutive nebst einem aus Volkswahlen hervorgegangenen Parlamente abzugehen.

— Merseburg, 10. Sept. Das hiesige Kreisgericht hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung auf Vernichtung der Probenummer der „Aera“ (Organ des deutschen Nationalvereins für dessen Mitglieder und Freunde in Preußen) und der in Göttha erscheinenden Wochenchrift „Der Fortschritt“ erkannt.

In Folge unseres Aufrufs in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung“ sind weiter eingegangen: Von S. in M. 2 fl., von K. in Br. 5 fl., von K. S. in G. 1 fl. 45 kr., von St. 1 fl., von W. S. 1 fl., von R. M. 2 fl., von D. D. 10 fl., von M. G. 1 fl., von R. G. 1 fl., von C. G. aus Mannheim 5 fl., von Heinrich Vierordt 10 fl., von W. 1 fl. 45 kr.; zusammen 83 fl. 39 kr.

- Karlruhe, 17. September 1863.
- Doll, Oberkirchenraths-Arzt.
- Döll, Ob. Hofrath.
- Fried, Oberkirchenrath.
- Gruber, Oberschulrath.
- Rittel, Postbuchhändler.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 18. Sept. 3. Quartal. 91. Abonementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Die Alten und die Jungen**; Lustspiel in 1 Akt, von Hieronymus Lorm. Hierauf: **Welcher ist der Bräutigam?** Lustspiel in 4 Akten, von Frau v. Weizenthurn.

Bekanntmachung.

Bekanntmachung der höheren Bürgerchule in Karlsruhe...

Der Vorstand der höheren Bürgerchule. Mayer.

Bekanntmachung.

Der Anfang der diesjährigen Prüfungsprüfung der evang. Kandidaten der Theologie ist auf...

Karlsruhe, den 14. September 1863. Evang. Oberkirchenrath.

Erledigtes Stipendium.

Das von dem ehemaligen Barrer Berner zu Steinach und dem höchstseligen Fürsten Karl Eugen zu Fürstenberg gestiftete Stipendium für Studierende ist mit 80 fl. zu vergeben...

Wolsch, den 14. September 1863. J. J. Mentant.

Die Wollen- und Traubenkur zu Bad Gleisweiler, von Dr. m. L. Schneider. Preis 12 Kr.

Bad Rippoldsau.

10te Kurliste vom 1. bis 15. September 1863. Frau Hauser von Rheinfeld (Schweiz), Frau Schreiber von da. Hr. R. Bior, Proviseur de degre...

Stellegesuch.

Notar, 36 Jahre alt, verheirathet, welcher über Betragen und Fleiß die schönsten Zeugnisse aufweist...

Agenten-Gesuch.

Allgemeine Familien-Kasse. Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungsgesellschaft...

Aufforderung.

Da mit dem 10. November d. J. die Dienstzeit der Mitglieder des Verwaltungsraths der Aug. Bodemer'schen Familienstiftung abläuft...

An den Verwaltungsrath der Aug. Bodemer'schen Familienstiftung, zu Händen des Sekretärs Fecht in Karlsruhe...

Thomas Crisp zu Butley Abbey, England.

der Gewinner von 17 Prämien in der Hamburger Internationalen Ausstellung, erbietet sich zur Ausföhrung von Aufträgen auf obige oder andere verbesserte Racen von englischem Vieh...

Vortheilhaftes Anerbieten.

Zu einer frequenten Hauptstadt des Großherzogthums Baden ist ein in vorzüglicher Lage gelegenes und sehr rentables Geschäftshaus...

Geht Kölnisches Wasser

das 1/2 Duzend 3 fl., das Duzend 6 fl. ist fortwährend in vorzüglichster Güte und Reinheit zu beziehen durch K. Stigler, Apotheker.

Kundmachung.

Für die k. k. österreichische Militärverpflegs-Verwaltung zu Rastatt werden im Wege einer Offert-Verhandlung nachstehende Verpflegsbedürfnisse...

- 570 Zentner Heu, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die thätliche Einlieferung nur im Falle des nothwendigen Bedarfs eingutetretet hat.

Die Lieferungsmittelnehmer werden aufgefordert, ihre Offerte längstens bis zum 30. September 1863, Vormittags 9 Uhr...

Offerts-Formulare.

Zu Endegefertigter, wohnhaft in (Ort und Land), erkläre hiemit in Folge der Ausschreibung vom 12. September 1863...

Formulare für das Couvert über das Offert. An das hohe k. k. Festungsgouvernement zu Mainz.

Offert zur Behandlung in Folge der Kundmachung vom 12. September 1863.

Papierverkauf.

Zu dem großh. Rechnungssarchiv dahier sind ungefähr 100 Zentner älterer, größtentheils uneingebundener Rechnungen zum Verkauf bestimmt...

Kaufhaber wollen ihre befalligen Angebote, welche für eine gewisse Menge oder für's Ganze gelassen können, mit der Aufschrift: „Ankauf von abgängigem Papier betr.“...

Durlach, den 16. September 1863. Großh. Rechnungssarchiv.

3a.924. Nr. 7032. Baden. (Bekanntmachung und Forderung.) Einem Fremden kamen dahier, wahrscheinlich durch Diebstahl...

3a.345. Nr. 8222. Kenzingen. (Schuldenliquidation.) Mathias Gerber, ledig, von Ketzheim ist Willens, nach Amerika auszuwandern...

3a.317. Nr. 1535. Neustadt. Erledigte Gehilfenstelle. Bei unterzeichneter Verwaltung ist die Stelle eines zweiten Gehilfen, der zugleich die Abschriften zu besorgen hat...

3a.344. (Erledigte Anwartsstelle.) Es wird bei einem Bezirksamt im Mittelrheintheile eine Anwartsstelle vacant, und sollte wo möglich bis 1. November erbeten werden.

Butley Abbey Wickham Market, Suffolk, England im August 1863.

Aufforderung.

Wer an die Verlassenschaft des Kaufmanns Wilhelm Schmidt, Langestraße Nr. 112 dahier, eine rechtmäßige Forderung zu machen hat...

Karlsruhe, den 16. September 1863. Carl Schmidt Wittwe.

Carl Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant.

empfehle ich die so eben eingetroffenen - frische Austern, Caviar, - belisteten mar. Office-Brathäringe - mar. Brataal in Gelee, Bricken, russ. marin. Sardellen, Sardines in Del, holl. Haringe...

Gasthof zu verkaufen.

Der Besitzer eines für Geschäfts- wie andere Reisende gut eingerichteten, sehr gangbaren und bestrenommierten Gasthofs mit Hof, in einer generösiten Grenzstadt des württembergischen Allgäus...

Staatspapiere.

Table with columns for Staatspapiere and Anleihen-Loose, listing various financial instruments and their values.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Table with columns for Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten, listing various stocks and their values.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.

Wolfsch. den 14. September 1863.